

1

2. Angenommene Anträge

1
2
3 **AdressatInnen: SPD Landesvorstand, SPD-Landtagsfraktion, rheinland-pfälzische**
4 **Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion**

6 **Ökologie als „Die neue soziale Frage“**

7
8 Die soziale Dimension von Umwelt und Energiepolitik ist heute kaum mehr zu
9 vernachlässigen. In Zeiten der Debatte um den Klimawandel als globale Bedrohung und
10 steigender Energiepreise bekommt das Thema Energiepolitik eine weitere Dimension –
11 eben eine soziale Dimension. Hierbei sollte auch der Verbrauch von Rohstoffen
12 weitestgehend vermieden und so effizient wie möglich praktiziert werden.

13 Wenn sich Ressourcen verknappen und damit verteuern wird besonders deutlich, dass
14 Zugangsrechte auch sozial ungleich verteilt sind. Die Schwächsten der Gesellschaft trifft es
15 dann meist zuerst, dass Energie nicht mehr zu beziehen ist, weil sie schlicht für das eigene
16 Budget zu teuer geworden ist.

17 Schon heute machen die Energiekosten einen bedeutenden Anteil der Gesamtausgaben
18 eines Haushaltes aus – Preissteigerungen fallen hier besonders ins Gewicht.

19 Wie organisieren wir in Zukunft Massenmobilität? Oder aber: Wie schaffen wir es Energie
20 nachhaltiger und umweltschonender zu gewinnen und sie dabei noch kostengünstig zu
21 machen?

22
23 Umweltschutz spielt eine unvermindert wichtige Rolle, um die Lebensfähigkeit unsers
24 Planeten zu erhalten. Hatte die Menschheit in Zeiten des Kalten Krieges genug
25 Waffenpotentiale angehäuft, um den Planeten gleich mehrfach zu zerstören, haben es die
26 rücksichtslosen Produktionsverhältnisse in den letzten 150 Jahren der Industrialisierung
27 geschafft den Kollaps schleichend real werden zu lassen – wenn jetzt nicht umgelenkt wird.
28 Vermeiden lassen wird sich der Klimawandel nicht mehr! Wir sind aber gefordert, den
29 Wandel nicht zur Katastrophe werden zu lassen.

30 Leider nimmt Umweltschutz nicht mehr die zentrale Bedeutung in der öffentlichen Debatte
31 ein, wie noch zu Ende der Achtziger Jahre des letzten Jahrhunderts, als Umweltschutz, dank
32 der Ökologiebewegung in aller Munde war und viele begannen ihre Lebensgewohnheiten
33 zu überdenken. Ein Teil dieses Bewusstsein, dieser Bewegung, müsste wieder in der
34 Gesellschaft lebendig gemacht werden, um auch neue Wege, fernab von Mülltrennung und
35 Ökosteuer, einzuschlagen und dafür Mehrheiten organisieren zu können.

36
37 **Das sind brennende Fragen der nahen Zukunft, auf die wir heute Antworten formulieren**
38 **müssen!**

39
40 Wir verzeichnen heute die höchste Konzentration von Treibhausgasen seit 650.000 Jahren.
41 Leider geht dieser Trend weiter. Allein die Konzentration von CO₂ steigt momentan um 2
42 parts per million (PPM) pro Jahr. Weiter erleben wir den schnellsten Temperaturanstieg seit
43 20.000 Jahren auf heute 15,3° C im Mittel, was bereits einen Anstieg um 0,76° C gegenüber
44 vorindustriellen Werten bedeutet. Selbst, wenn ab sofort kein einziges Gramm CO₂ mehr in
45 die Atmosphäre gelangen würde, wird der Anstieg auf jeden Fall auf ~ 1,4° C steigen, da
46 unser Klima sehr träge reagiert und einen „Bremsweg“ von mindestens 30 bis 40 Jahren hat.
47 Wir verbuchen jetzt schon einen Temperaturanstieg von 0,2° C pro Jahrzehnt. Wenn sich

48 nichts tut, folgt wohl eine „Warmzeit auf Warmzeit“. Selbst optimistischste Varianten
49 rechnen bis 2100 mit einem Anstieg um mindestens 1,4°C, pessimistischste Varianten mit
50 6,4°C. Das traurige ist, dass die früheren pessimistischsten Schätzungen sich im Endeffekt
51 als zu optimistisch herausgestellt hatten.

52 In vielen Ländern erleben wir schon heute Auswirkungen des Klimawandels, wie ein
53 ausschnittartiger Überblick über die Kontinente zeigt:

54

55 **Asien:** der Verlust an Schmelzwasser im Himalaja (15 % der Eismasse) bedeutet gravierende
56 Folgen für die Indus-, Mekong- und Jangtse-Großstädte im Küstenbereich (Mumbai /
57 Shanghai), da die Trinkwasserversorgung gefährdet ist, so sind insgesamt 635 Mio.
58 Menschen in tief gelegenen Küstenregionen gefährdet

59

60 **Afrika:** hier finden wir eine Erwärmung um 0,3°C pro Jahrzehnt in weiten Regionen. Es
61 kommt zu Ernteauffälle von 50 % (Gründe: Erwärmung ☒ Wassermangel ☒ Versalzung ☒
62 Trockenheit). Es sind 15 bis 20 % der Menschen unterernährt, das Durchschnittsalter
63 beträgt 25 Jahre

64

65 **Südamerika:** in Lima basiert die Wasserversorgung bisher zu 100% auf Gletscherwasser,
66 aber gegenüber 1990 ist eine Abnahme der Gletschermassen von 22% zu verzeichnen. Also
67 ist auch hier die Trinkwasserversorgung in Gefahr.

68

69 **Europa:** die Temperatur der Nordsee ist seit 1993 um 1,7°C gestiegen, der pH-Wert ist um
70 0,35 gefallen, was fatale Folgen für das Ökosystem hat. Man rechnet hier bis zum Jahre
71 2100 mit 40% mehr Niederschlägen im Winterhalbjahr. In Südeuropa dagegen ist mit 30%
72 weniger Niederschlägen im Sommer zu rechnen.

73

74 **Australien:** das Ozonloch über Australien ist groß wie nie. Stark energiereiche
75 Sonnenstrahlung kann so ungehindert auf die Erde einstrahlen

76

77 Weltweit verschwinden einzigartige Öko-Systeme und Tierarten. Große Eismassen
78 rutschen ab und es kommt zu einem Anstieg des Meeresspiegels, wobei weitere
79 Permafrostgebiete verschwinden.

80 Bei allen Effekten sind aber dramatische Ungleichheiten in der Betroffenheit zu bemerken,
81 genauso wie in der Verwundbarkeit der Erde. Manche LobbyistInnen wollen im
82 Klimawandel auch Vorteile erkennen, aber klar ist, selbst diese kleinen Vorteile werden von
83 den Nachteilen exorbitant übertroffen.

84 Dieselben ökologischen Fehler, die die heutigen Industrieländer in der Vergangenheit
85 begangen haben und immer noch begehen, beginnen nun die sog. Schwellenländer auch zu
86 machen. Somit beginnen diese auch uns zu prägen. Der „Kampf“ um die Rohstoffe ist
87 entbrannt, denn das starke Wirtschaftswachstum der Schwellenländer hat einen enormen
88 „Energiehunger“. So erreichen wir nicht nur einen Peak Oil Point, sondern auch einen Peak
89 bei Gas, Edelmetallen und seltenen Erden. Die Folgen sind Verteilungskämpfe,
90 Ressourcenkriege, Preisexplosion bei Energieträgern (Ölpreis 2000: 18 US \$, heute rd. 100
91 US \$) und eine Teuerung bei Rohstoffen allgemein (Anstieg seit 2000 um 183 %). Das
92 Zeitalter billiger Ressourcen ist somit vorbei

93

94 **Aber welche Antworten können wir auf diese Herausforderungen finden?**

95

96 Die heutigen Industrieländer unternehmen erste Versuche. Einer heißt **2°C-Ziel**,
97 entsprechend 450 ppm Stabilisierung gegen heute 385ppm CO₂-Äquivalent (allein CO₂). In
98 den 80er-Jahren war das allerdings noch das 1,5°C-Ziel, ein Indiz für die Inkonsequenz bei
99 Klimazielen? Dabei scheint selbst das 2°C-Ziel unerreichbar, bei einem derzeitigen Anstieg
100 von knapp 2ppm p.a., was stärker als erwartet ist. Hieran erkennt man die Erfordernis eines
101 schnellen Handelns: bis 2015 muss eine Trendwende her, bis 2050 eine Halbierung der
102 Treibhausgas-Emissionen. Wobei dies alles erst einmal Ziele zu einer Verlangsamung des
103 Klimawandels darstellen.

104
105 Eine der Antworten in Deutschland heißt **Klimaagenda 2020** des Bundesministeriums für
106 Umwelt. Diese umfasst einen umfangreichen Forderungskatalog, wie die Modernisierung
107 des Kraftwerksparks, den Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung, den Anteil an erneuerbaren
108 Energien im Strom von rd. 30% und anderen Forderungen. Immerhin ein erster, teils
109 einschneidender Schritt, der aber nur ein Anfang darstellen kann. Doch wie decken wir
110 weiter unseren eigenen „Energiehunger“? Hier sind wir alle gefordert unseren Beitrag zur
111 Reduzierung dieses „Hungers“ zu tun. Aber ganz verschwinden kann er natürlich nicht und
112 soll er auch nicht. So müssen Wege gefunden werden die Energiesicherheit zu
113 gewährleisten.

114 Da nicht jeder Haushalt (z.B. Empfänger staatlicher Transfereinkommen) Kaufpreise bei
115 ihrer Einkommenssteuererklärung geltend machen können, braucht es auch eine volle
116 Kostenübernahme für bedürftige Haushalte durch die entsprechenden staatlichen Stellen.

117
118 **Dass Kernkraftwerke keine Lösung sind ist unstrittig!**

119
120 Kohle kann höchstens als Übergangsenergieträger greifen, aber auch hier darf es zu keinem
121 weiteren Bau mehr von Kohlekraftwerken kommen. Viel mehr muss in regenerative
122 Energien investiert werden, nur durch sie können wir eine wirkliche Wende im Klimawandel
123 schaffen. Die Kraft-Wärme-Kopplung muss weiter ausgebaut werden und es muss ein
124 Wandel von der zentralistischen Energieerzeugung und Wärmeverchwendung hin zu einer
125 dezentralen Energieerzeugung mit Nutzung und Weiterleitung von Wärme durch ein
126 modernes, verlustgeringeres Wärmeleitnetz stattfinden. Dies stellt eine gute Gelegenheit für
127 die kommunalen Stadtwerke dar, offensiv in den Energiewettbewerb gegen die vier
128 Energieriesen einzusteigen und sich langfristig zu behaupten.

129 Aber auch die Verkehrssysteme sind zu erneuern und effektiver auszubauen, gerade auch
130 im ÖPNV, wenn er einer echte Alternative zum Auto darstellen soll. Wälder, Böden und
131 Meeressysteme müssen weiter geschützt werden, wenn wir unsere Artenvielfalt behalten
132 wollen. Eine weitere zentrale Herausforderung stelle die Sicherung der Wasserversorgung
133 für alle Menschen dar. **Auf keinen Fall darf man diesen Markt privatisieren**, ist doch das
134 Wasser eines unserer zentralsten Lebensmittel. In all diesen Sektoren muss der Staat
135 subventionierend und sanktionierend eingreifen. Aber auch die Wirtschaft ist gefordert,
136 schon im eigenen Interesse die Energieeffizienz zu steigern und weitere Innovationen zu
137 entwickeln.

138
139 **Haushalte als EnergieproduzentInnen**

140
141 Wir wollen das Haushalte in Zukunft stärker selbst zu EnergieproduzentInnen werden.
142 Strom der beispielsweise mittels Solaranlagen, Wasserkraft oder Brennstoffzellen
143 gewonnen wird, und nicht zum direkten Verbrauch bestimmt ist, wird ins Stromnetz

144 eingespeist. Von der Vergütung profitieren die Haushalte. Hier müssen öffentliche
145 Förderprogramme ausgeweitet werden.

146 Auch wenn man in einer Mietgemeinschaft wohnt und vielleicht nicht die Möglichkeit zur
147 Selbstinstallation hat, muss man die Möglichkeit haben, sich an Solaranlagen zu können.
148 Modellprojekte – gerade auch in Rheinland-Pfalz weisen hier den Weg.

149
150 Wollen wir solche Wege gehen – und unsere Energieerzeugung entsprechend stärker
151 dezentralisieren – benötigen wir Netze, die diese Schritte auch erlauben und realisierbar
152 machen. Monopolistische Strukturen profitmaximierender Großunternehmen stehen dieser
153 Idee stark entgegen. Stadtwerke in kommunaler TrägerInnenschaft, mittels der
154 demokratische Kontroll- und Einflussnahme möglich ist, ist hierzu erforderlich. Auch von
155 diesem Gesichtspunkt aus, lohnt es sich entschieden gegen die weitergehende
156 Privatisierung dieser Instrumente öffentlicher Daseinsvorsorge einzutreten.

157

158 **Mobilität der Massen**

159

160 Mobilität ist heute ein Grundbedürfnis über deren Bereitstellung sich die Wenigsten
161 intensive Gedanken machen. Natürlich ist es ein Ärgernis, wenn Benzinpreise neue
162 Höhenflüge antreten oder die Fahrkartenpreise der Bahn immer weiter steigen. Es bleibt
163 aber bei einer singulären Kritik – den weiteren Denkschritt, was den passiert, wenn fossile
164 Energiequellen letztlich erschöpft sind, unternehmen die wenigsten. Wie organisieren wir
165 neue Formen der individuellen Massenmobilität, wenn Benzin zum Luxusgut geworden ist
166 und sich Autos mit klassischem Verbrennungsmotor nur noch die Superreichen leisten
167 können. Also wenn das Automobil in die Anfangszeit seiner Geschichte zurückgeworfen
168 wird. An wasserstoffgetriebenen Mobilitätsalternativen werden wir da nicht
169 vorbeikommen. Daneben wird eine massive Ausweitung des ÖPNV und Fernverkehrs
170 zwingend notwendig sein. Das setzt nicht zuletzt ein Stückweit einen Bewusstseinswandel
171 bei den Menschen voraus, den man von Seiten der Politik befördern muss.

172 Gerade aber in ländlichen Regionen ist die Ausweitung des ÖPNV nicht ohne weiteres, als
173 flächendeckendes und leistungsfähiges Angebot leistbar. Hier wird auch in Zukunft die
174 individuelle Mobilität die zentrale Rolle spielen. Diese kann dann aber nicht mehr
175 erdölgebunden sein. Wasserstoff ist jedoch nur ein Energieträger, deshalb sollte dieser nur
176 aus regenerativen Energien produziert werden.

177

178 **Umweltschutz als Produktivitätsmotor**

179

180 Natürlich wurde im Bereich des Umweltschutzes vieles erreicht – neue Technologien
181 wurden nicht mehr nur aus der Notwendigkeit der Produktivitätssteigerung heraus
182 entwickelt – sondern aus der Notwendigkeit heraus weniger Emission zu verursachen oder
183 Ressourcen zu vergeuden. Diesen Innovationsschub hat aber nicht der Markt bewirkt – dem
184 ja in ökonomischen Theorien der reinen Lehre die absolute Ressourceneffizienz unterstellt
185 wird. Sondern diese Entwicklung hat stattgefunden, weil sie gesellschaftlich erwünscht war
186 und der Staat regulierend eingegriffen hat. Besonders in städtischen Gebieten sollte das
187 günstigste und umweltschonendste aller Verkehrsmittel – das Fahrrad – wieder stärker ins
188 Bewusstsein der Menschen gerufen werden. Über 80% aller Haushalte in Deutschland
189 verfügen über mindestens ein Fahrrad. Allein deren Nutzung im Alltag muss stärker
190 gefördert werden (z.B. durch finanzielle Anreize, oder mehr Öffentlichkeitsarbeit). **Das**
191 **staatliche Agieren im Bereich des Umweltschutzes ist ohne Alternative –**

192 Umweltstandards zu setzen hat also mehre Vorteile zugleich. Es werden Ressourcen
193 geschont, Emissionen verringert und die Entwicklungen neuer Technologien befördert. Es
194 macht also Sinn Regelungen an der effektivsten, besten Alternative festzumachen, so dass
195 andere Produzenten gezwungen sind, diese hohen Standards zu erreichen. Der Top Runner
196 Ansatz ist ein solches Beispiel. Leider machen Wettbewerbsregelungen der Europäischen
197 Union diesen Ansatz unmöglich. Hier wird aber Wettbewerb um die umweltgerechtesten
198 Produktionsweisen verhindert – eine Überprüfung und Revidierung der
199 Wettbewerbsrichtlinien in diesem Bereich ist dringend erforderlich.

200

201 **Sozialer Ausgleich**

202

203 Die Kehrseite dieser Entwicklung kann aber auch darin bestehen, dass nicht mehr alle
204 Menschen Zugang zu diesem neuen Technologien finden. Die umweltfreundlichsten
205 Geräte, Maschinen oder Automobile sind leider nicht immer die günstigsten und für viele
206 Menschen nicht bezahlbar. Oftmals sind noch alte, ineffiziente und Energie
207 verschwendende (Haushalts-) Geräte weit verbreitet. Neuanschaffungen werden nicht
208 getätigt, wenn es bessere Alternativen gäbe, sondern nur, wenn das Altgerät eben
209 unbrauchbar wird. Bei Neuanschaffungen wird dann auch – klar aus Kostengründen – nicht
210 das energiesparendste Gerät gekauft.

211 Hier muss die öffentliche Hand Haushalte mit geringem Einkommen durch steuerliche
212 Erleichterungen beim Kauf von besonders energieeffizienten Geräten, unterstützen.
213 Denkbar wäre ein Geltendmachen von Käufen von „Großgeräten“ mit einem Kaufpreis über
214 500 Euro bei der Einkommenssteuererklärung, wenn ein entsprechender Nachweis über den
215 Kauf eines modernen Gerätes erbracht werden kann. So würde ein Teil der beim Kauf
216 gezahlten Mehrwertsteuer zurück an die einkommensschwachen Haushalte fließen. Um
217 Missbrauch zu vermeiden kann ein Maximalbetrag bis zu der eine steuerliche Anrechnung
218 stattfinden kann eingezogen werden. Dies ist ein wirksames Instrument um die Belastung
219 mit in weiten Teilen regressiv wirkenden indirekten Steuern, wie der Mehrwertsteuer für
220 GeringverdienerInnen zu lindern.

221

222 **Negativbeispiele**

223

224 Vergleicht man die Auswirkungen aktueller ökologischer Problemstellungen in
225 einkommensschwachen und einkommensstarken Haushalten, kommt man zu
226 erschreckenden Schlüssen: Einkommensschwache Haushalte verursachen zwar am
227 wenigsten Umweltbelastungen, sind aber sowohl von Umweltbelastungen als auch von
228 Umweltschutzkosten proportional am stärksten betroffen. Letzteres hängt vor allem damit
229 zusammen, dass umweltverträgliche Güter, insbesondere für NiedrigverdienerInnen, oft zu
230 teuer sind, aber auch Lenkungssteuern, wie z.B. die Ökosteuer nicht grundsätzlich sozial
231 konzipiert sind.

232

233 Davon abgesehen, dass Privathaushalte generell durch die Ökosteuer stärker belastet sind
234 als Unternehmen, werden innerhalb dieser Gruppe Einkommensschwache noch einmal
235 stärker belastet als Einkommensstarke. Dies wird zum Beispiel deutlich wenn man die
236 Belastung durch die Ökosteuer mit der Entlastung durch die Reduktion des
237 Rentenversicherungsbeitrags verrechnet. Hier spüren Geringverdiener durchschnittlich
238 einen Nettoeffekt von über -0,75%, während dieser bei Besserverdienern bei nur -0,13%
239 liegt.

240 Ein anderes Beispiel, für die überproportionale Betroffenheit der GeringverdienerInnen, ist
241 die Kürzung der Pendlerpauschale, die 2007 in Kraft trat, die vor allem haushaltspolitisch
242 und nicht umweltpolitisch motiviert war. Seitdem gibt es für die ersten 20 km der
243 Pendlerstrecke keine finanzielle Aufwendung mehr. Zwar kritisieren Umweltorganisationen
244 richtigerweise, dass die Entfernungspauschale das Auseinanderfallen von Wohn- und
245 Arbeitsstätte fördere, jedoch gibt es gerade für Einkommensschwache, die oft sowieso in
246 einem gewissen Maße an Mobilitätsarmut leiden, wenig Ausweichmöglichkeiten, die
247 höheren Kosten zu tragen.

248

249 **Wir fordern Fördermaßnahmen, die Umweltschutz sozialverträglich machen**

250

251 Um Umweltschutz sozialverträglich zu gestalten, ist es notwendig, Fördermaßnahmen
252 einzuleiten, die es Einkommensschwachen erleichtert, trotz ihres geringeren Einkommens
253 umweltbewusst zu leben.

254

255 Ein anderes Modell, welches die Sozialverträglichkeit von Umweltschutz sichert, ist die
256 Einführung eines Sozialtarifs bzgl. der Stromkosten. Herkömmliche Tarife sind
257 normalerweise so angelegt, dass der Durchschnittspreis für Strom bei erhöhtem Verbrauch
258 sogar noch sinkt. Für Einkommensschwache Haushalte muss, ähnlich wie beim
259 Telefonanschluss, eine Vergünstigung der Bereitstellungskosten gesetzlich erreicht werden.
260 Zudem dürfen Tarife nicht mengendegressiv ausgestaltet sein – Verschwendung darf nicht
261 noch belohnt werden.

262

263 **Ja zur Effizienzrevolution!**

264

265 Wir brauchen eine Effizienzoffensive! Zahlenbeispiele verdeutlichen die große Wirkung, die
266 kleine Umstellungen unserer Lebensgewohnheiten mit sich bringen können. Stattet man
267 zum Beispiel alle 4-Personen-Haushalte in Deutschland mit den marktbesten Geräten aus,
268 so könnte man 7 Atomkraftwerke einsparen. Deutsche, die ihre Geräte auf Standby lassen,
269 brauchen dafür zusammen die Leistung eines Atomkraftwerks. Effiziente Heizungsanlagen
270 senken Heizkosten und damit natürlich auch den Verbrauch um bis zu 90%.

271

272 **Sanktionieren!**

273

274 Effizientere Nutzung bei fortschreitender Technik ist natürlich langfristig gesehen die
275 günstigere, kurzfristig jedoch allerdings oft die deutlich teurere Alternative zur
276 herkömmlichen Technologie und bleibt so Privathaushalten aber auch Unternehmen ohne
277 ausreichende finanzielle Grundlagen versperrt. Um diesen Gruppen die den Zugang zu
278 diesen Technologien zu ermöglichen und ihren Einsatz für den Umweltschutz zu würdigen,
279 bedarf es also einem staatlichen Subventionierungssystem, dass den Zugang zu jedweden
280 umweltfreundlichen Maßnahmen eines/r jeden sicherstellt. Gleichzeitig muss einer
281 fortschreitenden Vergeudung wertvoller Ressourcen und der damit einhergehende
282 Zerstörung unserer Umwelt Einhalt geboten werden, indem die Nutzung ineffizienter
283 Systeme und Technologien sanktioniert wird.

284

285 Wenn wir unsere Gesellschaft ökologischer und energieeffizienter gestalten wollen, müssen
286 wir bei den Haushalten ansetzen. Hier muss eine **Effizienzoffensive** gefahren werden. Die
287 Gesamtheit der Haushalte ist, neben dem Verkehr und der Industrie, einer der größten

288 Emissionemittenten. Hier sind die höchsten Einsparpotentiale zu erzielen. Elektrogeräte sind
289 dabei nur ein kleiner Teil. Die Kleinf Feueranlagen – sprich traditionelle Heizungsanlagen, die
290 mit Öl oder Gas betrieben werden, spielen hier eine ungleich bedeutendere Rolle. Hier
291 müssen Programme, wie das Hunderttausend Dächer Programm zur Förderung von
292 Solarenergie, mit größerem Umfang aufgelegt werden, um diese Anlagen durch neue, modere
293 zu ersetzen. Eine wichtige Rolle spielen hier die Nutzung von Erdwärme mit Wärmepumpen
294 und auch Wasserstoff.

1
2
3 **AdressatInnen: SPD Landesvorstand, SPD-Landtagsfraktion, rheinland-pfälzische**
4 **Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion; Juso-Buko**

5
6 **Aus für weitere Kohlekraftwerke!**

7
8 Unsere Forderung

9
10 Die Jusos Rheinland-Pfalz fordern eine Änderung der entsprechenden Gesetze, sodass neue
11 Kohlekraftwerke nicht mehr gebaut werden dürfen.

12
13 **Ausgangslage**

14
15 Die Energieerzeugung aus Kohle, vor allem in großem Umfang, ist momentan noch eine der
16 preiswertesten Möglichkeiten aller Energieerzeugungsmöglichkeiten. Wen wundert es,
17 dass alle Energieriesen, aber auch Stadtwerke neue Stein- bzw. Braunkohlekraftwerke
18 bauen wollen. Dies geschieht auch unter dem Denkmantel der Versorgungssicherheit, die
19 nach Angabe der vier größten deutschen EnergieerzeugerInnen aufgrund der Abschaltung
20 von Atomkraftwerken in Gefahr sei. Die AtombefürworterInnen schlachten dies natürlich
21 weiter aus, da die Energieerzeugung aus Kohle leider auch eine der umweltschädlichsten
22 ist. So wird - leider zurecht - vorgeworfen, nicht klimafreundlich, sondern über alle Maßen
23 klimafeindlich zu handeln.

24
25 Im Hinblick auf die Klimaziele der Bundesrepublik (Beschlüsse von Meseberg:
26 Verminderung der Treibhausgasemissionen um 40% bis 2020 gegenüber 1990 - davon
27 bisher 18,5% erreicht) ist es notwendig einen CO₂-Ausstoß von 400 g CO₂/kWh bei der
28 Energieerzeugung zu erreichen. Bei Steinkohle liegt dieser Wert derzeit aber bei rd. 750
29 CO₂/kWh - sogar bei den von den Energieriesen so hoch angepriesenen „modernsten
30 Kohlekraftwerken der Welt“.

31
32 Dieser Fakt birgt nicht nur hohe ökologische, sondern auch enorme finanzielle Risiken,
33 gerade in Hinsicht auf die Änderungen beim Emissionshandel. Schon in der Phase des
34 Nationalen Aktionsplan (NAP) II (2008-2012) werden die Emissionsrechte um 57 Mio.
35 Tonnen CO₂ gegenüber erstem NAP verschärft, was bedeutet, dass 10% der Rechte
36 versteigert werden, wodurch rund 30% der Rechte im Strombereich weniger vorhanden
37 sind. Ab 2013 sollen dann alle Emissionsrechte versteigert werden, was erhebliche
38 Mehrkosten bei der Energieproduktion in CO₂-Ausstoßhohen Sektoren, wie bei
39 Kohlekraftwerken mit sich bringt. Rechnet man dies mit den momentanen Terminkursen
40 von ca. 20€ pro Emissionsberechtigung und den technischen Daten moderner Kraftwerke
41 für eine Tonne CO₂ hoch, so kommt man bei den in RLP geplanten Kraftwerken – es handelt
42 es sich hierbei um 800 MW Kraftwerke (vgl. Mainz und Germersheim) - auf Kosten von ca.
43 90 Mio.€ pro Jahr alleine aufgrund des Emissionshandels.

44
45 Aber nicht nur hier verbergen sich Mehrkosten. Auch der Kohlepreis ist gerade dabei enorm
46 anzusteigen. Zwar sind auf der Erde noch große Kohlevorkommen vorhanden, aber
47 steigende Nachfrage führt gewöhnlich auch zu steigenden Preisen. Gerade in China werden

48 derzeit enorm viele neue Kohlekraftwerke gebaut (pro Woche entsteht dort im
49 Durchschnitt momentan ein 1000MW- Kohlekraftwerk) was eine enorm gestiegene und
50 weiter steigende Nachfrage bedeutet, denn jedes dieser Kraftwerke benötigt täglich - ja
51 täglich – ca. 6000 Tonnen Kohle. Dies bedeutet, dass die momentan niedrigen Preise nicht
52 zu halten sind.

53
54 Hinzu kommt auch ein gestiegener Baupreis für Kraftwerke (2004: 820 €, 2007 = ca. 1500 €
55 pro Kilowatt Leistung). Wiederum auf RLP angewandt bedeutet dies ein
56 Investitionsvolumen von ca. 1,2Mrd. € im Vergleich zu 0,656Mrd.€ im Jahre 2004. Diese
57 Zahlen an sich sind zwar nicht auf die kWh umlegbar, da auch Abschreibungen etc.
58 berücksichtigt werden müssen, allerdings stellen sie enorme Investitionssummen in ein
59 „Fass ohne Boden“ dar, die im Sektor der erneuerbaren Energien wesentlich nachhaltiger
60 und besser investiert wären.

61
62 Denkt man auch an die Auslastung der neu gebauten Kohlekraftwerke, so entstehen hier
63 weitere Lücken in der Finanzierung. Alle Kalkulationen für den Neubau von
64 Kohlekraftwerken werden derzeit mit vollkommen überhöhten Volllaststunden
65 durchgeführt. Bei einem weiteren Wachstum von erneuerbaren Energien sind diese Zahlen
66 nicht zu halten, was weniger Produktivität und somit höhere Betriebskosten für die
67 einzelnen Werke mit sich bringt.

68

69 Wer kommt aber für diese Milchmädchen/-männchenrechnung auf?

70

71 Die zukünftigen Mehrkosten werden sicher auf VerbraucherInnen umgelegt werden. Die
72 derzeitige oligopolistische Struktur der Energiemärkte erlaubt einseitige Preisabsprachen
73 zuungunsten von EndabnehmerInnen und Stadtwerken. Zudem werden die externen
74 Effekte¹ der Belastung der Stromerzeugung durch Kohlekraftwerke nicht entsprechend
75 internalisiert.

76

77 Aber es sind nicht nur die CO₂-Ausstöße und finanzielle Risiken, die gegen Kohlekraftwerke
78 sprechen. So werden bei der Verbrennung von Kohle noch weitere, nicht nur für das Klima,
79 sondern auch für den Menschen schädliche Stoffe freigesetzt, wie z.B. NO₂
80 (Stickstoffdioxid, ca.300 mal klimaschädlicher als CO₂), CO (Kohlenmonoxid, ein sehr
81 gefährliches Atemgift), SO₂ (Schwefeldioxid, Hauptverursacher von saurem Regen) und
82 andere giftige Stoffe (Nickel, Blei, Arsen, Quecksilber und Cadmium). Des weiteren wird bei
83 der Verbrennung von Kohle Feinstaub freigesetzt, was in besonderem Maße in Großstädten
84 mit ohnehin schon hohen Feinstaubbelastungen zu weiteren Problemen führen kann,
85 gerade im Hinblick auf die ab 2015 stark verringerten erlaubten Obergrenzen für
86 Großstädte.

87

88 Zu den Argumenten der EnergieerzeugerInnenbranche

89

90 Hier wird seit neustem mit der Förderung der heimischen Wirtschaft durch Bezug von Kohle
91 aus Deutschland geworben. Im Braunkohlesektor stimmt dies auch teilweise, denn da wird
92 eine große Menge in Deutschland gefördert, was einerseits positiv für die heimische
93 Wirtschaft und die Unabhängigkeit von Importen ist – wenn man die ökologischen Aspekte

¹ Als externe Effekte werden Kosten und anderes bezeichnet, die bei der Energieerzeugung entstehen und nicht im Marktpreis enthalten sind z.B. Umweltschäden

94 aufgrund des Tagebaus ausblendet. Für die Steinkohle gilt dies allerdings nicht und gerade
95 bei den in RLP geplanten Kraftwerken handelt es sich um Steinkohlekraftwerke. Steinkohle
96 aus Deutschland spielt in der Energieproduktion faktisch keine Rolle, sondern diese wird
97 exportiert. Die in Deutschland verfeuerte Steinkohle stammt in erster Linie aus Ländern wie
98 Südafrika, Kolumbien oder den GUS. Die dortigen Arbeitsbedingungen oder ökologische
99 Standards sind oftmals katastrophal. Kinderarbeit ist nicht selten gang und gebe.

100

101 Es hat also nichts mit Förderung der deutschen Wirtschaft und Rohstoffunabhängigkeit zu
102 tun. Im Gegenteil - eine wahre Förderung der deutschen Wirtschaft und
103 Rohstoffunabhängigkeit wäre die weitere Investition in erneuerbare Energien.

104

105 All diese Fakten zusammengenommen sprechen eine deutliche Sprache:

106

107 Es sind weder weitere Kohlekraftwerksbauten nötig noch sind sie sowohl ökologisch als
108 auch ökonomisch sinnvoll. Deshalb sind ab sofort keine weiteren Genehmigungen für einen
109 Kohlekraftwerksbau mehr zu erteilen!

1
2
3 **AdressatInnen: SPD-Landesvorstand, SPD-Landtagsfraktion, Verkehrsverbände in**
4 **RLP, Verkehrsministerium RLP, SPD-Landräte in RLP, Juso- Landesvorstand**

5
6 **Vergünstigung des Öffentlichen Personennahverkehrs und**
7 **Schiennahverkehrs**

8
9 Die Jusos fordern eine Attraktivitätssteigerung des öffentlichen Personennahverkehrs durch
10 die Senkung der Tarife auf 0 Euro für alle Busse und auf einen symbolischen Betrag für die
11 Bahn. Außerdem fordern wir eine Verdichtung der Infrastruktur und des Taktes, wo dies die
12 Kapazitäten zulassen.

13
14 Begründung:

15 Die Bedeutung von persönlicher Mobilität für den Lebensstandard hat sich gewandelt.
16 Arbeitsplätze, Einkaufsmöglichkeiten und Plätze des Nachtlebens gibt es auf dem Dorf so
17 gut wie gar nicht mehr. Der demographische Wandel betrifft ländliche Räume in
18 besonderem Maße und beschleunigt den Attraktivitätsverlust dieser Gebiete. Um den
19 Arbeitsplatz, die Schule, die nächste Einkaufsmöglichkeit, den Sportverein usw. zu
20 erreichen, muss der Weg in das nächste Zentrum zurückgelegt werden. Das heißt, mit dem
21 Rückgang der Strukturen des öffentlichen Lebens geht ein steigender Bedarf an Mobilität
22 einher. Das bequemste, in der Regel schnellste und flexibelste Fortbewegungsmittel ist der
23 eigene PKW. Dafür, die genannten Wege mit öffentlichen Verkehrsmitteln zurückzulegen,
24 sprechen jedoch folgende Punkte:

25
26 Der PKW ist das Fortbewegungsmittel, das am meisten Energie verbraucht und durch CO2-
27 Ausstoß, Stickoxide und Rußpartikel die Umwelt am stärksten belastet. Daher ist eine
28 verstärkte Nutzung des ÖPNVs aus ökologischen Gesichtspunkten auf jeden Fall
29 wünschenswert.

30
31 Außerdem sind PKW nur für diejenigen verfügbar, die es sich leisten können. Für alle
32 anderen Menschen bedeutet dies den Ausschluss von weiten Teilen des öffentlichen
33 Lebens. Vor allem Jugendliche sind davon schwer betroffen, da schon der Führerschein für
34 PKW rund 1500 Euro kostet.

35
36 Der ÖPNV erfüllt also zwei Funktionen, erstens eine umweltpolitische, und zweitens eine
37 soziale. Um den ersten Aspekt zu erfüllen, muss er attraktiver sein als das Fahren mit dem
38 PKW. Das kann er auf dem Land natürlich nur begrenzt sein. Wenn der ÖPNV jedoch
39 kostenlos wäre, würde er für viele Pendler eine tatsächliche Alternative darstellen.

40 Der Kostendeckungsgrad des ÖPNV beträgt Deutschlandweit immerhin 70%, das heißt,
41 gesamtwirtschaftlich gesehen kann er sich durchaus in Effizienzfragen mit dem
42 motorisierten Individualverkehr vergleichen lassen. Eine Verlagerung der
43 Gesamtverkehrsleistung vom motorisierten Individualverkehr auf den ÖPNV dürfte daher
44 gesamtwirtschaftlich in etwa ausgeglichen sein. Eine Finanzierung des ÖPNV aus
45 öffentlichen Mitteln legt die Kosten für die Befriedigung des allgemeinen
46 Mobilitätsbedarfes nur um, wenn dadurch ein Äquivalent an (privaten und öffentlichen)
47 Kosten für den individuellen PKW-Verkehr eingespart wird.

1
2
3 **AdressatInnen: SPD Landesvorstand, SPD-Landtagsfraktion, rheinland-pfälzische**
4 **Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion**

5
6
7 **Kohlekraftwerk verhindern,**
8 **EnBW in die Schranken weisen**
9

10 Wir sprechen uns gegen den Bau eines Kohlekraftwerks auf der Insel Grün bei Germersheim
11 aus. Des Weiteren fordern und unterstützen wir eine breite öffentliche Diskussion,
12 wissenschaftliche Aufklärung und Protestaktionen, um den Druck auf den Bauherren - die
13 Energie Baden-Württemberg (EnBW) - zu erhöhen und ihn zur Aufgabe seines Bauprojektes
14 zu bringen.

15
16 Begründung:

17 Direkt neben dem Landschaftsschutzgebiet „Lingenfelder Altrhein“, wollen dunkle Mächte
18 in Germersheim eine CO₂-Schleuder errichten und den Südpfälzer Himmel verdunkeln. Ein
19 Kraftwerksbau auf der Insel Grün ist grundsätzlich leider möglich, sie ist seit Jahrzehnten als
20 (bisher eben nur halb genutztes) Industriegebiet ausgewiesen. Die Insel gehört komplett der
21 dort auch ansässigen Daimler AG. Insofern hat selbst der Germersheimer Stadtrat kaum
22 Möglichkeiten, den Bau zu verhindern. Umso mehr bedarf es einer breiten öffentlichen
23 Diskussions- und Protestwelle. Diese muss von den Jusos maßgeblich mitgetragen werden.
24 Zum einen aus ihrem Selbstverständnis als sozialistischer Richtungsverband heraus.

25
26 Durch den verstärkten Bau von Kohlekraftwerken wird der Umstieg auf regenerative
27 Energieformen schwieriger. Die gebauten Anlagen müssen sich für die Aktionäre und
28 Vorstandsmitglieder der rein an Profitinteressen ausgerichteten Stromgiganten rechnen.
29 Eine Dezentralisierung des Strommarktes wird dadurch vermieden. Die Stromgiganten
30 sichern sich ihre Klientel auf Jahre. Und damit auch ihre Marktmacht die ihnen die
31 gnadenlose Ausbeutung der Bürgerinnen und Bürger ermöglicht.

32
33 Aber auch mit Blick auf das ökologische Profil unseres Verbandes spricht alles gegen dieses
34 Kraftwerk. Neben CO₂ fallen bei der Stromproduktion noch Dioxine und Schwermetalle an,
35 welche in hohem Maße Gesundheitsgefährdenden Charakter haben. Das Mikroklima im
36 Rheingraben ist durch die häufige Inversionswetterlage unmittelbar betroffen.
37 Gesundheitsschädlicher Smog ist die Folge! Kohlekraftwerke erreichen darüber hinaus nur
38 Wirkungsgrade von 38-40% für die Stromgewinnung. Die restlichen 60% werden als
39 Wärmeenergie über Notkühler in die Atmosphäre abgeführt. Gerade durch diese
40 Notkühlungen bei Kraftwerken und Industrieanlagen wird unsere Atmosphäre extrem
41 erwärmt; also nicht nur durch die CO₂-Emission.

42
43 EnBW argumentiert mit Stromlücken die durch den Ausstieg aus der Atomkraft und die
44 Abschaltung des AKW Phillipsburg, auf der anderen Rheinseite, entstehen würden. Eine
45 vom Umweltbundesamt in Auftrag gegebene Studie besagt hingegen, dass mit dem
46 Ausstieg aus der Atomenergie im Jahr 2012 keine „Stromlücke“ entsteht. Des Weiteren sind
47 in einer Statistik der EnBW Strom Im- und Export des Jahres 2004 wie folgt angegeben.

48 Demnach wurden 44.213 Gigawattstunden (GWh) aus dem angrenzenden Ausland
49 importiert, 51.524 GWh ins Ausland exportiert, was einen Exportüberschuss von 7311 GWh
50 bedeutet. Und damit Profit für EnBW!

51

52 Wir dürfen nicht zulassen, dass EnBW die Gesundheit der Menschen in dieser Region, aber
53 auch die dort ansässige Flora und Fauna, bei ihrem Tanz um das goldene Kalb des
54 Kapitalismus den Renditeträumen der Großaktionäre opfert. Ebenso müssen wir zur
55 Aufklärung der Bevölkerung beitragen. In der Konsequenz des von Rot-Grün beschlossenen
56 Atomausstiegs müssen wir jetzt klar machen, dass ein gleichzeitiger Rückschritt zur
57 Steinkohleverbrennung mit CO₂-, Schwermetall- und Feinstaubbelastung keine Lösung
58 sein kann!